



impuls

Das Magazin des Stadtjugendrings Kempten
Sommer 2009



**Nur wer stimmt, bestimmt.
BUNDESTAGSWAHL AM 27. SEPTEMBER**

IMPULS ▪ AUSGABE SOMMER 2009

INHALT

Thema: Bundestagswahl 2009

Seite 4

Kandidaten auf dem Prüfstand ▪ „Vom Wahltermin bis zur Kanzlerwahl“ (Infos und Tipps zum Thema)

Impulse

Seite 27

Informationen und Anstöße rund um den Stadtjugendring: Stadtjugendring jetzt in der Bäckerstraße 9 ▪ „Move in the park“ – Graffiti-Projekt des Stadtjugendrings ▪ Jump – Parcours der Fähigkeiten

Impressum

Impuls – Das Magazin des Stadtjugendrings Kempten
Ausgabe Sommer 2009 (August/September)

Herausgeber: Stadtjugendring Kempten KdöR, Bäckerstraße 9, 87435 Kempten/Allgäu
Telefon: 08 31/1 34 38, Fax: 08 31/2 25 34
info@stadtjugendring-kempten.de, www.stadtjugendring-kempten.de

Projektleitung Impuls:

Rolf Disselhoff (Fachberater für Jugendverbandsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit)

V.i.S.d.P.: Regina Liebhaber, 1. Vorsitzende

Redaktion: Rolf Disselhoff, Sabine Fixmer, Alexander Haag, Regina Liebhaber

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Impuls erscheint zweimal pro Jahr mit einer Auflage von 1000 Exemplaren.

Layout: Rolf Disselhoff

Druck: AZ Druck und Datentechnik, Kempten

Grundlage der Fotomontage Titelseite und Foto Seitentitel „Bundestagswahl“:
röhr:wenzel journalistenbüro

FOTO: PAUL-GEORG MEISTER



Sich entscheiden, zu wählen!

VON ROLF DISSELHOFF

Wählen heißt, sich zu entscheiden. Zu entscheiden zwischen politischen Richtungen und verschiedenen Angeboten. Angebote, die vor jeder Wahl in Form von einzelnen Wahlversprechen oder komplexen Programmen gemacht werden. Entscheiden heißt auch, die Menschen zu beurteilen, die hinter den Programmen und Wahlversprechen stehen. Entscheiden bedeutet aber auch, immer wieder zu prüfen, was mit den vor den Wahlen formulierten Aussagen nach dem Wahltag passiert. Werden sie eins zu eins oder als Teile von Kompromissen in praktische Politik umgesetzt? Sind sie jetzt nicht mehr wichtig? Fehlt die Mehrheit, sie Wirklichkeit werden zu lassen? Wird gar das Gegenteil vertreten?

Örtliche Kandidaten befragt

Der Stadtjugendring versteht sich als politische Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen. Er ergreift Partei, ohne parteipolitisch zu sein. Für den Stadtjugendring ist es wichtig, zu informieren. Hierzu gehört auch, dass nicht nur die prominenten Spitzenkandidaten, die Merckels, Steinmeiers oder Westerwelles, gehört werden. Eine langjährige Tradition

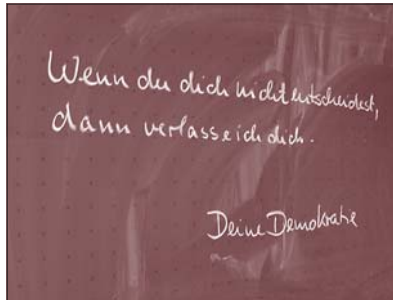


FOTO: STEFAN ERDMANN

ist es, vor den Bundestagswahlen die Kandidaten aus dem Wahlkreis „Oberallgäu“ (hier gehört Kempten mit dazu) zu Wort kommen zu lassen. Der Kreis der angesprochenen Kandidaten beschränkt sich dabei auf die im Bundestag vertretenen Parteien. Nicht beantwortet hat die Fragen der Kandidat der Partei „Die Linke“.

Die dokumentierten Antworten sollen einen Teil dazu beitragen, sich entscheiden zu können. Die Frage, inwieweit diese ausschließlich die Meinung der Partei für die sie kandidieren, oder aber auch davon abweichende Positionen vertreten, muss jeder nach der Lektüre der folgenden Seiten selbst entscheiden. Aus Sicht des Jugendrings decken die Fragen an die Kandidaten die aktuell für Jugendarbeit und Jugendliche wichtigen Themenbereiche ab.

Ausgehend von der Festlegung des Wahltermins bis hin zur Konstituierung des neuen Bundestages und der Wahl des Kanzlers oder der Kanzlerin wird in der aktuel-

len Impuls-Ausgabe der Ablauf einer Bundestagswahl erklärt.

Nicht wählen schadet

Egal, was wir von der Politik denken, eines muss uns allen klar sein: Wählen gehen ist in einer Demokratie wichtig! Eine nicht abgegebene Stimme ist eine Stimme gegen die demokratischen Parteien und stärkt die, die mit unserer Demokratie nichts am Hut haben. Deshalb wünscht sich der Stadtjugendring für die Bundestagswahl am 27. September eine hohe Wahlbeteiligung. Je mehr die Menschen davon überzeugt sind, etwas entscheiden zu können, desto höher ist in der Regel die Wahlbeteiligung. Liest man die Antworten der Wahlkreiskandidaten, gibt es durchaus die Chance, zwischen sehr unterschiedlichen Positionen zu entscheiden. Dann fehlt eigentlich nur noch die eine Entscheidung, zu wählen. ◀

Außerdem in dieser Ausgabe

Neben unserem Themenschwerpunkt „Bundestagswahl“ stellen wir im aktuellen Impuls die neue Haus des Stadtjugendrings in der Bäckerstraße 9, „Wave in the park“ – ein Graffiti-Projekt des Stadtjugendrings im Rahmen des Förderprogramms „Stärken vor Ort“ in Sankt Mang und den Parcours der Fähigkeiten (Projekt Jump) vor (Impulse ab Seite 27).





Kandidaten auf dem Prüfstand

Im Wahlkreis 256 Oberallgäu – dazu gehören die Landkreise Lindau (Bodensee) und Oberallgäu sowie die kreisfreie Stadt Kempten – treten zur Wahl des Deutschen Bundestages am 27. September insgesamt acht Direktkandidaten an. Auffallend ist, dass keine Frau kandidiert. Impuls hat den Kandidaten der bereits im Bundestag vertretenen Parteien zwölf Fragen zu den Themenbereichen „Ehrenamt“, „Bildung“, „Arbeit und soziale Sicherung“, „Familie“, „Nachhaltigkeit, Ökologie, Klimawandel“,

„Gesundheit“, „Integration“, „Partizipation“ und „Rechtsextremismus“ gestellt. Geantwortet haben die Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, CSU, FDP und SPD. Nicht geantwortet hat der Kandidat der Partei „Die Linke“. Jedem Kandidaten standen pro Frage maximal 900 Buchstaben als Antwort zur Verfügung. Meistens fielen die Antworten jedoch deutlich kürzer aus. Die Reihenfolge der Kandidaten ergibt sich aus dem Eingang der Antworten beim Stadtjugendring. ◀



Die Kandidaten



Thomas Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Wohnort: Kempten ■ Alter: keine Angaben

Familie: getrennt lebend, drei Kinder (20, 18, 13 Jahre)

Erlerner Beruf: Staatlich geprüfter Elektrotechniker, Betriebswirt IHK, Energieberater HWK

Ausgeübter Beruf: selbständiger Energieberater

Politisches und ehrenamtliche Engagement: 12 Jahre Kreisvorstand Grüne

Weitere Informationen: www.gruene-kempten.de



Gerd Müller (Christlich-soziale Union ■ CSU)

Wohnort: Kempten/Sankt Mang ■ Alter: 53

Familie: verheiratet, zwei Söhne

Erlerner Beruf: siehe www.gerd-mueller-waehlen.de

Ausgeübter Beruf: Bundestagsabgeordneter und Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Politisches und ehrenamtliche Engagement: siehe www.gerd-mueller-waehlen.de

Weitere Informationen: www.gerd-mueller-waehlen.de



Stephan Thomae (Freie Demokratische Partei ■ FDP)

Wohnort: Sulzberg ■ Alter: 41

Familie: verheiratet, drei Kinder

Erlerner und ausgeübter Beruf: Rechtsanwalt

Politisches und ehrenamtliches Engagement: siehe www.thomae.fdp-kempten.de

Weitere Informationen: www.thomae.fdp-kempten.de



Reinhard Strehlke (Sozialdemokratische Partei Deutschlands ■ SPD)

Wohnort: Oberstaufen ■ Alter: 55

Familie: verheiratet, ein Sohn (20 Jahre)

Erlerner Beruf: Industriekaufmann, Dipl. Verwaltungswirt (FH)

Ausgeübter Beruf: Teamleiter und stellv. Geschäftsführer der Arge Oberallgäu

Politisches und ehrenamtliches Engagement: Gemeinderat Oberstaufen, TSV Oberstaufen (z.Zt. Jugendleiter),

Vorsitzender SPD Oberstaufen, stellv. Vorsitzender SPD Oberallgäu

Weitere Informationen: www.reinhard-strehlke.de



Bundestagswahl 2009 7

Frage I - Themenbereich „Ehrenamt“:

Warum waren Sie in einem Jugendverband aktiv? Was hat Ihnen das für ihr Berufs- oder Privatleben gebracht? Oder, warum waren Sie eigentlich nicht in einem Jugendverband aktiv?

Thomas Hartmann: Als politisch denkender Mensch seit Jugendtagen war es eine logische Konsequenz, diese Motivation auch praktisch umzusetzen. Ohne mit allen programmatischen Inhalten überein zu stimmen, habe ich die größte inhaltliche Überdeckung meiner Sicht der politischen Welt immer bei den Grünen gefunden.

Gerd Müller: Als Jugendlicher war ich in der Katholischen Landjugend und in der Jugendarbeit im Sportverein tätig und habe mich danach in der Jungen Union (JU) engagiert. Die Jugendarbeit hat mir Freundschaften beschert, die bis heute halten. Die Erlebnisse in der Gemeinschaft waren für die Entwicklung eines gesunden Selbstbewusstseins gerade in der schwierigen Phase der Pubertät ausgesprochen wichtig. Ich kann nur jedem raten, in Kindheit und Jugend in einem Ehrenamt aktiv zu sein.

Stephan Thomae: In meinen 15 Jahren als Dirigent eines Musikvereins habe ich immer großes Augenmerk auf die Nachwuchsförderung gelegt, denn ohne Nachwuchs hat kein Verband Zukunft. Gleichzeitig halte ich als Stiftungsverwalter einer Studienstiftung, die Wohnheimplätze in München verwaltet und Studenten durch Stipendien und Studiendarlehen fördert, den Kontakt zum akademischen Nachwuchs. Die Zusammenarbeit über Generationengrenzen hinweg habe ich in meinem Leben stets als großen Gewinn für die junge, die mittlere und die ältere Generation verbuchen dürfen. Ältere geben Weisheit und Erfahrungen weiter, Junge lernen Verantwortung zu tragen, die mittlere Generation wird entlastet, das Neben- und Miteinander der Generationen vermittelt Lebensfreude und Lebensqualität. All dies wird durch Jugendarbeit und Jugendverbände gefördert, verstärkt und unterstützt.

Reinhard Strehlke: Ich bin in meine Aufgabe als Jugendfußballleiter des TSV Oberstaufen „hineingerutscht“. Es ist für mich wichtig, nicht immer andere zu fordern, sondern selbst aktiv zu werden. Ich bin durch die Tätigkeit an den Problemen der Jugend dran geblieben. Ich mach dies nun schon so lange, dass meine ersten Spieler, die ich betreut habe, mittlerweile bei den alten Herren spielen. Positive Erfahrung ist, dass durch das langjährige Engagement sich Netzwerke in allen Richtungen bilden, die man nutzen kann. So konnte ich dadurch manchen bei der Lehrstellensuche erfolgreich helfen.



8

Frage 2 - Themenbereich „Ehrenamt“:

An Lob für das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Jugendverbänden herrscht kein Mangel. Trotzdem wird an der finanziellen Ausstattung für die Jugendarbeit gespart. Sieht so für Sie eine Investition in die Zukunft aus oder geht's vielleicht auch anders?

Thomas Hartmann: Ehrenamt wird gern gelobt und selten honoriert. Eine wirklich funktionierende Honorierung aller nicht gewerblichen Arbeit – neben dem Ehrenamt gehört dazu beispielsweise auch die Erziehungsarbeit in der Familie – wäre machbar über ein Grundeinkommen.

Gerd Müller: Jugendarbeit geschieht im Wesentlichen ehrenamtlich. Der Staat könnte die großartige Leistung und die vielen Millionen Stunden an ehrenamtlicher Tätigkeit nicht entlohnen. Trotzdem müssen wir die Rahmenbedingungen für die Ehrenamtsarbeit weiter verbessern. Die Städte und Gemeinden, aber auch das Land und der Bund haben die Rahmenbedingungen für den Bau von Jugendräumen, die Bezuschussung und Bewertung der sog. Übungsleiterpauschale verbessert und dennoch sehe ich weitere Möglichkeiten das Ehrenamt zu stärken. Besonders gefällt mir die Einführung einer Ehrenamtskarte wie sie in verschiedenen Landkreisen in Bayern erprobt wird. Dieses Modell sollten wir auch in Kempten und im Allgäu umsetzen.

Stephan Thoma: Finanzielle Wohltaten zu versprechen ist leichter, als diese Versprechungen dann auch einzuhalten. Investitionen in Bildung und Ausbildung der Jugend sind unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit aber praktisch immer ein sinnvolles staatliches Engagement. Jeder Euro, den wir heute in der Jugendarbeit und bei Bildung und Ausbildung der Jugend sparen, werden wir morgen in Form sozialer Stützungsmaßnahmen zwei- und dreifach ausgeben müssen. Und je früher Fehlentwicklungen korrigiert werden, desto geringer ist der zeitliche und finanzielle Aufwand. Bildung ist deshalb das A und O von allem. Trotzdem muß es erlaubt sein, auch bei der Jugendarbeit genauer hinzusehen, Qualitätsansprüche zu stellen und zu überwachen, die ideale Förderung im Auge zu behalten und nicht zu glauben, es komme allein aufs Geld an.

Reinhard Strehlke: Das Ehrenamt wird leider viel zu wenig unterstützt. Ich denke, hier sind auch die Gemeinden vor Ort gefordert, die Vereine zu unterstützen, durch z.B. kostenlose Hilfe bei der Logistik von Festen, keine Hallenbenutzungsgebühren für Vereine. Durch die Veränderung des Vereinsrechts wurde die Haftungsfrage der Vorstände und der Versicherungsschutz für ehrenamtliche Mitarbeiter verbessert. Durch steuerliche Vorteile oder ähnliches sollte das Ehrenamt zusätzlich aufgewertet werden.

Der Wahltermin

Die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag findet am Sonntag, 27. September 2009, statt. Auf Vorschlag der Bundesregierung hatte Bundespräsident Horst Köhler am 4. Januar 2009 die Anordnung über die Bundestagswahl 2009 unterzeichnet.

In der Regel wird der Deutsche Bundestag alle vier Jahre gewählt. Eine Neuwahl findet frühestens 46 Monate, spätestens 48 Monate nach dem Beginn der laufenden Wahlperiode statt. Die letzte Bundestagswahl fand allerdings rund ein Jahr früher statt, am 18. September 2005. Grund dafür war eine vorzeitige Auflösung des Parlaments.

Vorgezogene Neuwahlen müssen innerhalb von 60 Tagen nach der Auflösungsentscheidung stattfinden – so regelt es der Artikel 39 des Grundgesetzes. Erst wenn der neu gewählte Bundestag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt, endet die Legislaturperiode des vorigen Bundestages. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kam es bisher dreimal zu vorgezogenen Neuwahlen: 1972, 1983 und 2005.

Der Wahltag muss ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein. Über die Zusammensetzung des 17. Deutschen Bundestages bestimmen am 27. September rund 62 Millionen Wahlberechtigte. ◀

„Vom Wahltermin bis zur Kanzlerwahl“ – Infos und Tipps zur Bundestagswahl

Wahlrechtsgrundsätze

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt – so regelt es das Grundgesetz.

Von einer allgemeinen Wahl spricht man, weil alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland das Stimmrecht besitzen – und zwar unabhängig von Geschlecht, Einkommen, Konfession, Beruf oder politischer Überzeugung.

Unmittelbar läuft die Wahl ab, weil die Wählerinnen und Wähler die Abgeordneten direkt wählen. Es gibt keine Zwischeninstanz wie zum Beispiel in den USA, wo die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Bundesstaat so genannte Wahlmänner wählen, die wiederum den Präsidenten wählen.

Freie Wahlen bedeutet, dass es verboten ist, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Wahlentscheidung zu beeinflussen oder unter Druck zu setzen. Der Wähler soll in einem freien Prozess der Meinungsbildung zu seiner Entscheidung kommen und diese unverfälscht zum Ausdruck bringen können.

Man spricht von gleicher Wahl, weil jede Stimme gleich viel zählt und jede Art von Gewichtung unzulässig ist. Eine Einschränkung erfährt der Grundsatz der Gleichheit durch die Fünf-Prozent-Klausel. Sie besagt, dass Parteien, die bei der Bundestagswahl weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinigen, nicht in den Bundestag einziehen. Dadurch soll eine Parteienzersplitterung vermieden werden, wie sie der Weimarer Republik zum Verhängnis wurde. Allerdings bedeutet das zugleich, dass die Stimmen derjenigen, die diese Kleinstparteien gewählt haben, nicht gewertet werden und somit verloren sind.

Geheim erfolgt die Wahl, weil sichergestellt ist, dass der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen kann. Die Stimmabgabe erfolgt in Wahlkabinen, die von außen nicht einsehbar sind, und die ausgefüllten Stimmzettel werden gefaltet in die Wahlurnen geworfen, so dass niemand erkennen kann, welche Wahlentscheidung der Wähler oder die Wählerin getroffen hat. ◀



Frage 3 - Themenbereich „Bildung“:

„Lebenslanges Lernen“ wird landauf und landab propagiert. Hilft unser bestehendes Bildungssystem hier ausreichend weiter?

Thomas Hartmann: Unser Bildungssystem ist strukturkonservativ, finanziell saumäßig ausgestattet und völlig veraltet! Das Föderalismusprinzip ist hier zusätzlich hinderlich. Bildung muss heute viel individueller, praxisnäher und neuen Entwicklungen gegenüber angepasster werden.

Gerd Müller: Alles fängt mit Bildung und Erziehung im Leben an und die Lebenschancen bauen auf diese lebenslange Bildungsfähigkeit auf. Chancengerechtigkeit für jeden beim Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen, lautet die Forderung, die es umzusetzen gilt. Ich persönlich halte eine gesellschaftliche Aufwertung der Erzieher- und Lehrerberufe für unabdingbar. Darüber hinaus brauchen wir neue Konzepte, die Eltern Hilfestellungen durch Elternschulen und die Einbeziehung in das Schulsystem bieten. Ein ganzheitlicher Bildungsbegriff, der das theoretische und das praktische Wissen, die musische, soziale und emotionale Erziehung gleichwertig fördert und wegkommt von der Ausleseschule, die schon in frühen Jahren Lebenschancen zuweist. Das wäre meine Vision: Jeder hat seinen Platz in der Gesellschaft, wird gebraucht und jeder Schüler hat seine Talente, die es zu fördern gibt. Die Diskussion um die Chancen unserer Hauptschüler muss sich in einem solchen neuen Bildungsansatz wiederfinden.

Stephan Thomae: Deutschland verfügt über ein gutes Bildungssystem. Aber es ist ein Irrglaube zu meinen, wenn wir nichts daran ändern, wäre es auch in Zukunft noch gut. Andere Länder holen auf, und um der nächsten Generation auch in Zukunft noch eine gute Ausgangsbasis im internationalen Wettbewerb um Arbeit und Wohlstand zu verschaffen, müssen wir unser Bildungswesen den veränderten Bedingungen in einer sich stets immer schneller drehenden Welt anpassen. Denn Bildung ist die Schlüsselfrage für eine sichere Zukunft und soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Bildung ist die eigentliche soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Ziel muss es daher sein, alle Begabungen zu fördern, den Bildungszugang zu erleichtern und den Bildungsaufstieg durch eine größere Durchlässigkeit des Bildungssystems zu ermöglichen. Hier ist unser Bildungswesen bereits nicht mehr zeitgemäß. Die FDP fordert: Frühkindliche Bildung in den Mittelpunkt stellen. Selbstständigkeit der Schulen stärken, Vielfalt ermöglichen, Qualität sichern. Das duale System in der beruflichen Bildung nachhaltig sichern. Mehr Freiheiten und Selbstständigkeit der Hochschulen. Lebenslanges Lernen durch ständige Aus- und Weiterbildung

Reinhard Strehlke: Nein. Dieses Thema wird stiefmütterlich behandelt und es besteht ein großer Handlungsbedarf. Wir dürfen nicht so leichtfertig mit einer unserer wichtigsten Ressourcen umgehen. Die Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Jedes Kind sollte, muss nach seinen individuellen Fähigkeiten gefördert werden. Dazu braucht es ein gerechtes Bildungssystem mit Ganztagesangebot und einem Mittagessen, an dem auch Kinder aus einkommensschwachen Familien teilnehmen können. Bei der Schulwegvergütung und auch bei Harz IV sollten auch die Jahrgangsstufen ab der 11. Klasse berücksichtigt werden. Es darf keinem das Abitur aufgrund von familiärer oder sozialer Herkunft erschwert werden. Desweiteren soll es zu einer Abschaffung von Studiengebühren kommen.



Frage 4 - Themenbereich „Bildung“:

Die Hauptschulen haben sich in den letzten Jahren sowohl im gesellschaftlichen Ansehen als auch im Bereich der Arbeitsmarktchancen immer mehr zu „Randschulen“ entwickelt. Welchen konkreten Handlungsbedarf sehen Sie hier?

Thomas Hartmann: Wie bereits bei Frage 3 angedeutet, muss auch schulische Basisbildung deutlich flexibler und den individuellen Möglichkeiten, Stärken und Schwächen sowie persönlichen Entwicklungsphasen angepasst werden. Die klassische Hauptschule hat darin gar keinen Platz. Das Thema heißt Gesamtschule bis zur 10. Klasse mit zeitgemäßer Ausstattung, individuellen Angeboten und deutlich verringerter Klassenstärke.

Gerd Müller: siehe Antwort zu Frage 3

Stephan Thoma: Die Hauptschulen sollten nicht schlechter geredet werden als sie sind. Die Umwandlung der vierjährigen in die sechsjährige Realschule hat den Hauptschulen das Wasser abgegraben. Dabei hat die Hauptschule ihre Berechtigung und ist notwendiger Bestandteil unseres bewährten gegliederten Schulsystems. Das Profil des Qualifizierenden Abschlusses muß gestärkt, das flächendeckende Angebot an Hauptschulen muß gesichert werden. Die FDP, nach langer Abwesenheit seit knapp einem Jahr wieder im bayerischen Landtag vertreten und sofort in Regierungsverantwortung gesetzt, hat zumindest Bewegung in die festgefahrene Diskussion bringen können, aber wir wünschten uns hier deutlich mehr Gewicht in Bayern für unsere liberalen Vorstellungen, zumal die Zeit für die Hauptschulen drängt. Die von uns ins Spiel gebrachten Kooperationsmodelle von Haupt- und Realschulen sind ein Anfang, aber weitere Schritte müssen schnellstmöglich folgen.

Reinhard Strehlke: Hier hat die jetzige Landesregierung seit Jahren versagt. Um die Schulen vor Ort langfristig zu erhalten, sind langfristige, verlässliche und neue Konzepte notwendig. Hier ist die Schule in Amtzell ein lobenswertes Beispiel. Bei diesem Konzept werden Jugendliche bis zur 8. Klasse weitgehend gemeinsam unterrichtet und jeder optimal gefördert. Auch die Herabsenkung der Klassenstärke würde zu einer erheblichen Qualitätssteigerung beitragen. Im Bereich der Förderprogramme und der Schulsozialarbeit sind die Schulen besser auszustatten. So könnten Probleme im sozialen Umfeld früher erkannt und möglicherweise behoben werden. Jeder Politiker muss auch in der Öffentlichkeit für die oft zu Unrecht schlecht geredete Hauptschule eintreten.

Wer darf wählen?

Alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die am Tag der Wahl mindestens 18 Jahre alt sind, besitzen das Stimmrecht.

Seit einer entsprechenden Änderung des Wahlrechts im März 2008 haben auch im Ausland lebende Deutsche ein zeitlich unbeschränktes aktives Wahlrecht. Mit dem aktiven Wahlrecht ist gemeint, dass eine Person berechtigt ist, zu wählen. Im Gegensatz dazu bedeutet das passive Wahlrecht, dass eine Person in ein Amt gewählt werden kann. ◀

Wahlverfahren

Im deutschen Wahlrecht sind Mehrheits- und Verhältniswahlrecht kombiniert: Die Hälfte der Abgeordneten zieht über direkte Wahl (Erststimmen) in den 299 Wahlkreisen in den Bundestag ein. Die andere Hälfte der 598 Mandate wird nach dem Verhältniswahlrecht verteilt. Hierbei werden die Sitze entsprechend des Anteils der Stimmen vergeben, welche die in Landeslisten kandidierenden Parteien gewinnen (Zweitstimme). Diese Kombination wird auch personalisiertes Verhältniswahlrecht genannt. Es gilt dabei die Fünf-Prozent-Hürde: Berücksichtigt werden dabei aber nur Parteien, die mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben. Hat eine Partei weniger Stimmen, zieht sie nicht ins Parlament ein. Nur ihre direkt gewählten Kandidaten werden Abgeordnete. Hat eine Partei drei oder mehr Direktmandate errungen, dann wird sie trotzdem bei der Verteilung der Sitze nach Landeslisten berücksichtigt. Diese Sperrklausel gilt nicht für Parteien von nationalen Minderheiten. ◀

Wahlkreise

Nach dem Bundeswahlgesetz ist das Bundesgebiet in 299 Wahlkreise gegliedert. Für die Einteilung der Wahlkreise ist nicht ihre flächenmäßige Größe entscheidend, sondern eine annähernd gleich große Bevölkerungszahl. Zurzeit leben durchschnittlich 250 000 Einwohner in einem Wahlkreis.

Die Einteilung der Wahlkreise ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Gäbe es zu große Abweichungen, könnten die wenigen Stimmen eines bevölkerungsarmen Wahlkreises genauso gewichtet werden wie viele Stimmen in einem bevölkerungsreicheren Gebiet. Die ständige Wahlkreis Kommission überwacht den gerechten Zuschnitt der Wahlkreise. Erforderliche Anpassungen werden durch Gesetze vorgenommen. ▶

Wählerverzeichnis

Jeder Wahlberechtigte ist automatisch in einem Wählerverzeichnis eingetragen und erhält vor der Wahl eine amtliche Wahlbenachrichtigung. Darin steht genau, wo der für ihn zuständige Wahlbezirk und sein Wahllokal sind. Hier muss er seinen Personalausweis oder Reisepass und seine Wahlbenachrichtigung vorlegen – und schon erhält er seine Wahlunterlagen, also den Stimmzettel. Dann geht er in die Wahlkabine, wo er allein und unbeobachtet seine beiden Kreuze macht.

Wer gerade umgezogen ist und am neuen Wohnort noch keine Wahlbenachrichtigung bekommen hat, muss in manchen Fällen einen Antrag stellen, um in das Wählerverzeichnis eingetragen zu werden. Das hängt davon ab, wie viele Tage es noch bis zur Wahl sind. Wer sich erst nach dem 21. Tag vor der Wahl am neuen Wohnort anmeldet, muss einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen. Eine Wahlbenachrichtigung erhält er dann allerdings nicht mehr. Bei der Anmeldung wird ihm sein Wahllokal mitgeteilt.

Zieht eine Wählerin oder ein Wähler bis zum 35. Tag vor der Wahl, also bis zum 23. August 2009, in eine neue Gemeinde, wird sie oder er von Amts wegen in das Wählerverzeichnis seiner Gemeinde eingetragen und erhält automatisch eine Wahlbenachrichtigung. Erfolgt der Wohnsitzwechsel vor dem 21. Tag vor der Wahl, bis zum 6. September 2009, braucht der Wahlberechtigte auch keinen Antrag zu stellen, weil er bei der Anmeldung gefragt wird, ob er in das Wählerverzeichnis seiner neuen Gemeinde eingetragen werden will. ▶

„Vom Wahltermin bis zur Kanzlerwahl“ – Infos und Tipps zur Bundestagswahl



Frage 5 - Themenbereich „Arbeit und soziale Sicherung“:

Viele Jugendliche in unserem Land schaffen nicht den Einstieg ins Berufsleben. Viele leiden auch unter der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern. Armut ist in Deutschland wieder ein Thema. Für Sie auch?

Thomas Hartmann: Armut ist die zwangsläufige Folge überbordenden Reichtums. Was sich wie Unsinn anhört, ist im Grunde ganz einfach: Wenn wenige unerhörten Reichtum systematisch anhäufen dürfen, muss dies von vielen „Armen“ erwirtschaftet werden. Ohne eine Abschaffung des Zinseszinsprinzips herkömmlicher Prägung wird es immer eine zunehmende, wirtschaftliche Ungerechtigkeit geben. Am Ende werden auch die Reichen keinen Vorteil davon haben, weil sozialer Friede auch zum Leben gehört.

Gerd Müller: Jeder Jugendliche in unserer Gesellschaft wird gebraucht. Es ist eine der großen Herausforderungen, die Türen in die Berufswelt aufzustoßen für junge Menschen. In unserer Region ist es bisher gut gelungen, im Zusammenwirken mit Wirtschaft, Schulen und Politik die Jugendarbeitslosigkeit gering zu halten.

Stephan Thomae: 2,5 Millionen arme Kinder leben in Deutschland. Vor allem Kinder aus Zuwandererfamilien und von Alleinerziehenden sind betroffen. Armut bestimmt in Deutschland bei jedem sechsten Kind den Tagesablauf: Nur ein Prozent der Kinder aus unteren Einkommensschichten besuchen ein Gymnasium, 19 Prozent eine Förderschule! Regelmäßigen Freizeitaktivitäten gehen nur 47 Prozent armer Kinder nach; der Durchschnitt liegt bei 73 Prozent! Mit insgesamt 60 Prozent erleben diese Kinder auch mehrheitlich Mobbing und Gewalt im Alltag! Arme Kinder haben erhöhte Gesundheitsrisiken als Folge von Fehlernährung und Bewegungsmangel, sowie eine höhere Wahrscheinlichkeit psychosomatischer und psychischer Erkrankungen. Diesen Zyklus aus Armut und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen ist ein Gebot der Chancen- und Zugangsgerechtigkeit am Anfang des Lebensweges. Was ein jeder Mensch im Laufe seines Lebens aus seinen Gaben und Talenten macht, können Staat und Gesellschaft nicht immer ohne weiteres steuern. Aber zumindest gleiche Chancen am Beginn müssen Kinder unabhängig von Einkommen und Vermögen ihrer Eltern erhalten.

Reinhard Strehlke: Natürlich, gerade als Mitarbeiter der Arge werde ich täglich mit diesen Problemen konfrontiert. Hierzu sehe ich als eine Lösung bestmögliche Bildung für alle, um den Start ins Berufsleben zu erleichtern, wie ich in den vorhergehenden Fragen bereits beschrieben habe. Mich beeindruckt aber immer wieder, wie viele, auch ehrenamtliche Mitarbeiter, bereit sind, sich hier zu engagieren. Manchmal tut es aber auch weh, wenn angebotene Hilfe nicht angenommen wird. Zur Bekämpfung der Armut sind aber auch gerechte Löhne unerlässlich, die es Familien ermöglichen, davon ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.



Frage 6 - Themenbereich „Familie“:

Immer weniger Menschen gründen eine Familie oder planen ihre Zukunft mit eigenen Kindern. Was möchten Sie als Politiker tun, um dies zu ändern?

Thomas Hartmann: Erziehungsarbeit muss angemessen honoriert werden. Für erwerbstätige Eltern muss das Betreuungsangebot für Kinder deutlich verbessert werden. Das Wahlalter muss auf Null gesetzt werden, was heißt, Eltern dürfen für ihre nicht volljährigen Kinder zusätzlich abstimmen.

Gerd Müller: Es ist nach wie vor das Ziel der allermeisten Menschen eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Die Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft haben sich aber wesentlich verändert und für junge Familien ist es heute sehr viel schwieriger als in den vergangenen Jahrzehnten das Ja zu mehreren Kindern und zur Familie auch tatsächlich zu verwirklichen. Jeder an seiner Stelle kann dazu beitragen, dieses Ziel einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft umzusetzen. Hilfen können dabei nicht nur im engeren Familien- und Verwandtenkreis, sondern auch in der Nachbarschaft angeboten werden. Wir benötigen den Ausbau des Betreuungssystems zu einem Ganztagesystem und sind dabei schon auf einem guten Weg. Familien und insbesondere berufstätige Frauen, die häufig auf Grund der Kosten- und Einkommenssituation keine Wahl haben und nicht auf ihre Berufstätigkeit verzichten müssen, bedürfen unserer besonderen Unterstützung am Arbeitsplatz und durch neue familienfreundliche Impulse im Wohnungsbau. Es würde mir noch viel dazu einfallen und gerne würde ich dazu auch einen Workshop mit dem Stadtjugendring durchführen.

Stephan Thomae: Vor allem Paare mit höherem Bildungsabschluß entscheiden sich nach oft langjähriger teurer Ausbildung gegen eine Familiengründung aus dem an sich verständlichen und legitimen Wunsch, nun auch eine berufliche Karriere zu verfolgen. Hier kann Abhilfe schaffen, wenn Mütter und Väter eine echte Wahlfreiheit haben, ob sie ihr Kind zu Hause erziehen oder eine qualifizierte Betreuung nutzen, um Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden. Dies setzt voraus, dass verschiedenste Formen der Tagesbetreuung auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Hierzu gehört auch die Verbesserung des Wiedereinstiegs in den Beruf etwa durch begleitende Maßnahmen zum Erhalt der beruflichen Qualifikation während einer Familienphase sowie der Abbau bürokratischer und arbeitsrechtlicher Hemmnisse. Es sollen Anreize für die Wirtschaft geschaffen werden, um Familienfreundlichkeit in Unternehmen zu implementieren, dies insbesondere auch in kleinen und mittleren Unternehmen.

Reinhard Strehlke: Hier ist ein ganzes Maßnahmenbündel notwendig. Einmal dürfen Kinder nicht als Last empfunden werden. Die Familie muss eine finanzielle und berufliche Perspektive haben. Hierzu ist eine langfristige Jobabsicherung der Eltern von Nöten. Die Politik muss dem Praktikumszwang und anderen Umtrieben der Wirtschaft gesetzlich entgegenwirken. Kostenlose Kinderbetreuung im Kindergarten, flächendeckende Ganztagschule und kostenloses Erststudium gehören für mich als Standard dazu. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht nur auf dem Papier stehen.

Briefwahl

Jeder Wahlberechtigte kann seine Stimme auch per Briefwahl abgeben. Von dieser Möglichkeit machten bei der letzten Bundestagswahl fast neun Millionen Wählerinnen und Wähler Gebrauch. Seit der Änderung des Wahlrechts im Januar 2008 müssen keine Gründe mehr für die Briefwahl angegeben werden. Die Zusendung der Unterlagen für die Briefwahl muss beantragt werden. Der Antrag befindet sich auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung.

Die Briefwahlunterlagen werden ausgehändigt oder zugesandt. Der Wahlbrief muss spätestens am Wahlsonntag bis 18 Uhr bei der dafür zuständigen Stelle vorliegen und deshalb möglichst schon einige Tage vor der Wahl abgeschickt werden. Später eingegangene Wahlbriefe werden nicht berücksichtigt. Natürlich kann der Wahlbrief auch sofort nach Erhalt der Briefwahlunterlagen an die angegebene Anschrift geschickt werden. Innerhalb Deutschlands müssen die Wahlbriefe nicht frankiert werden.

Damit das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt, sind bei der Briefwahl einige Regeln zu beachten: So muss schriftlich an Eides statt erklärt werden, dass der Stimmzettel persönlich und ohne fremde Hilfe angekreuzt worden ist. Außerdem müssen Stimmzettel und Wahlschein getrennt in den Wahlumschlag gesteckt werden. Über die Details informiert das Merkblatt zur Briefwahl, das den Briefwahlunterlagen beiliegt. ◀

Wahltag

Gewählt wird in einer Wahlkabine im Wahllokal. Das Wahllokal ist ein öffentlicher Ort, an dem eine Wahl durchgeführt wird. Wahlwerbung ist hier verboten. Wahllokale werden oft in Schulen, Rathäusern oder Gemeinderäumen eingerichtet, da diese an den Wahlsonntagen nicht genutzt werden. Aber auch echte Lokale und Kneipen werden am Wahltag zu Wahllokalen umfunktioniert. In etwa 80 000 Wahllokalen in ganz Deutschland sind die Bürger aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben.

Die Wahllokale haben von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Zur Stimmabgabe wird die Wahlbenachrichtigung, in jedem Fall aber ein Personalausweis oder Reisepass benötigt. Die Adresse des zuständigen Wahllokals befindet sich auf der Wahlbenachrichtigung. Auskunft geben auch die Landeswahlleiter, die Wahlämter und Gemeinden.

Der Bundeswahlleiter überwacht die Wahl. Bei ihm laufen alle Informationen zusammen. Ihm stehen die Landes- und Kreiswahlleiter sowie die Wahlvorsteher aller Wahlbezirke zur Seite. Vor Ort wird die Wahl durch über 630 000 ehrenamtliche Wahlhelfer betreut. Sie organisieren den Ablauf in den Wahllokalen, achten auf die Korrektheit bei der Wahlprozedur und helfen am Abend bei der Auszählung der Stimmen. ◀

„Vom Wahltermin bis zur Kanzlerwahl“ – Infos und Tipps zur Bundestagswahl



Frage 7 - Themenbereich „Nachhaltigkeit/Ökologie/Klimawandel“:

Nachhaltigkeit bedeutet, dass die heutige Generation nicht auf Kosten der nächsten lebt. Nicht nur, aber doch im Besonderen, gilt dies für den Schutz unserer Umwelt. Ist das für Sie (noch) ein Thema?

Thomas Hartmann: Die Umweltbewegung war, ist und bleibt der geistige Kern der Grünen. Das ist auch der wesentliche Unterschied zu allen anderen Parteien. Alles Streben, egal wie und wohin, ist am Ende sinnlos, wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen abbauen.

Gerd Müller: Nachhaltigkeit ist das Grundprinzip, nach dem wir heute Politik und unser Leben gestalten sollten. Dieses Prinzip bezieht sich nicht nur auf eine Generationenumweltpolitik, sondern auch auf viele andere Politikbereiche, wie z. B. die Schuldenpolitik oder den Klimaschutz. Jeder einzelne und wir in der Politik sollten bei jeder Maßnahme den Zukunftsbezug und die Generationengerechtigkeit unseres Handelns bedenken.

Stephan Thoma: Viele Menschen sind überrascht zu hören, dass die FDP eine sehr lange umweltpolitische Kompetenz besitzt. Die ältesten Umweltgesetze Deutschlands und mit die ersten weltweit – das Abfallwirtschaftsgesetz und des Bundesimmissionsschutzgesetz – wurden in den 1970er Jahren von liberalen Bundesinnenministern auf den Weg gebracht und umgesetzt. Der Ansatz der FDP ist dabei der Aspekt nachhaltigen Wirtschaftens im Sinne einer ausgeglichenen Generationenbilanz. Seit den 1980er Jahren stand der pragmatische umweltpolitische Ansatz der FDP leider oft im Schatten einer medienwirksameren Umweltideologie. An den umweltpolitischen Bekenntnissen und Grundsätzen der FDP hat sich aber nichts geändert.

Reinhard Strehlke: Dies ist ein Thema, welches nie endgültig erledigt sein wird. Jede Generation wird hier gefordert sein, auch mit heute noch unbekanntem Problemen. Nicht unterschätzen sollte man, dass der Bereich sich zunehmend als Jobmaschine entwickelt und anspruchsvolle, zukunftssträchtige Arbeitskräfte geschaffen werden. Schon heute sind diese Arbeitsplätze wesentlich weniger von der Wirtschaftskrise betroffen als andere. Hier hat die SPD-geführte Regierung Schröder die richtigen Weichen gestellt.



Frage 8 – Themenbereich „Nachhaltigkeit/Ökologie/Klimawandel“:

Der Klimawandel bedroht besonders die Zukunft der jungen Generation. Welche Konsequenzen fallen Ihnen zu den Schlagwörtern „Mobilität“, „Energieversorgung“ und „Energieeinsparung“ ein?

Thomas Hartmann: Die Frage darauf ist im Grunde einfach: Schnellstmöglicher, konsequentester und vollständiger Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir wissen, dass es technisch möglich ist und im Wesentlichen nur durch den Widerstand der bestehenden Energieversorgungsstrukturen und -konzerne behindert wird. Es ist dies die bedeutendste politische Aufgabe der nächsten Jahre.

Gerd Müller: Frederick Vester hat schon vor 25 Jahren in seinem Buch „Ausfahrt Zukunft“ vor dem drohenden Verkehrskollaps gewarnt und dennoch wurden daraus kaum Konsequenzen gezogen. Jetzt kommt weltweit eine erfreuliche Entwicklung zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und des Verbrauchs fossiler Brennstoffe in Gang. Ohne Energie keine moderne Wirtschaft, keine modernen Arbeitsplätze und kein modernes Leben. Es muss uns deshalb allen klar sein, dass wir ein Zukunftskonzept zur Sicherstellung unserer Energieversorgung benötigen. Energieeinsparung kann noch viel effektiver stattfinden. In jedem Haushalt, aber auch in der Produktion. Die Solar- und Wasserstoffforschung kann uns vielleicht für die Zukunft eine Möglichkeit bieten, auf Kernkraft langfristig zu verzichten. Derzeit benötigen wir aber den Energiemix aus den jetzt vorhandenen Energieträgern.

Stephan Thomae: Die FDP will eine umweltverträglichere Mobilität durch Einführung des Elektroantriebs. Denn er macht Strom aus erneuerbaren Energieträgern in Fahrzeugen speicherfähig, ermöglicht den Abschied von fossilen Kraftstoffen und macht unsere Städte sauberer und leiser.

Jede Technologie ist Übergangstechnologie. Dies gilt auch für die Nutzung fossiler Brennstoffe und der Kernkraft. Lang- oder besser noch mittelfristig muss der Anteil regenerativer Energieträger deutlich erhöht werden. Kurzfristig lässt sich der Energiebedarf in Deutschland aber nicht aus erneuerbaren Energien decken, ohne die Abhängigkeit von ausländischen Energieträgern und -erzeugern zu verstärken.

Gerade erst am Anfang stehen wir beim Thema Effizienz – eigentlich ein ökonomisches Grundprinzip. Beim Thema Energieeinsparung sehen wir zwei Ansatzpunkte: Technologie und Konsum. Energieeinsparung durch bewusstes Verbraucherverhalten sollte durch Anreize verstärkt, aber auch die Forschung in effizientere Verfahren und Geräte verstärkt werden.

Reinhard Strehlke: Die Mobilität wird eher zunehmen, statt abnehmen. Aber es muss uns gelingen, diese möglichst umweltschonend zu gestalten. Dies bedeutet u.a. Weiterentwicklung energiesparender PKWs mit alternativen Antriebsformen und Ausbau eines auch im ländlichen Bereich attraktiven Nahverkehrs (preisgünstig, mit hohen Taktzahlen, auch am Wochenende und abends). Es muss am Ausstieg aus der Atomenergie festgehalten werden. Der Ausbau alternativer Energien und Einsparungen im Haushalt und Industrie sind Möglichkeiten, Energie zu „gewinnen“.



Frage 9 - Themenbereich „Gesundheit“:

Unter den Schlagzeilen „Komatrinken“, „Flatratesaufen“ oder „Killerspiele“ wird in vielen Medien ein Zerrbild der heutigen Jugend produziert. Andere Berichte sprechen von zu vielen übergewichtigen Kindern und Jugendlichen mit viel zu wenig Bewegung. Werden wir ein Land der Kranken und Abhängigen?

Thomas Hartmann: Lasst uns das private Fernsehen abschaffen. Es ist überflüssig! Und lasst uns die Herstellung von ethisch unverletzlichen Internet- und PC-Game-Inhalten untersagen. Und alles wird gut werden!

Gerd Müller: Die junge Generation sieht sich heute vielen neuen Herausforderungen gegenüber. Ich habe in meiner Reihe „Montags bei Müller“ das Thema Komatrinken und Killerspiele mit Fachleuten vertieft diskutiert. Wichtig ist, dass sich der Einzelne darüber bewusst ist, was er mit sich, seinem Gehirn und mit seiner Gesundheit anstellt. Verbote helfen meistens nicht weiter. Komatrinken oder das neue Kultsaufen kann nicht ernsthaft bei jungen Leuten zum Modetrend werden. Die Jugend muss auch selber dagegenhalten und klarstellen: Wer säuft ist out. Das Thema Übergewicht trifft heute ein Drittel aller jungen Menschen und fast fünfzig Prozent der Erwachsenen. Auch hier gilt es die Eigenverantwortung zu stärken und klar zu machen, dass Übergewicht das Krankheitsrisiko z. B. Diabetiker zu werden, erheblich erhöht und die Lebenserwartung damit dramatisch sinkt.

Stephan Thomae: Jugendschutz in Deutschland bedarf nicht neuer und strengerer Gesetze, sondern konsequenterer Umsetzung. Wirte und Getränkehändler müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein, aber Kinder und Jugendliche bedürfen v. a. besserer Vorbilder in Familie und Gesellschaft, und die Menschen, nicht zuletzt die Medien, brauchen ein verändertes Bewusstsein zum Thema Sucht und Alkohol. Auch die Eltern sind gefordert. Es wäre ein trügerischer Irrglaube anzunehmen, mit gesetzlichen Verboten sei alles Notwendige getan.

Der Verkauf gewaltverherrlichender und -verharmlosender Computersoftware ist bereits verboten (§ 131 StGB). Ich sehe kein Gesetzesdefizit. Wichtig ist, dass Eltern aufmerksam verfolgen, welche Medien ihre Kinder konsumieren, denn entsprechende Software wird meist nicht im Laden gekauft, sondern online auf die Festplatten geladen. Ohne Mitwirkung der Eltern kann ein effektiver Jugendschutz nicht gewährleistet werden. Darüber hinaus sollte daran gearbeitet werden, dass Kinder und Jugendliche über ein möglichst hohes Maß an Medienkompetenz verfügen.

Reinhard Strehlke: Heute sind Alkoholexzesse häufig heftiger, werden wesentlich schneller öffentlich gemacht und auch zur Anzeige gebracht, als es früher der Fall war. Bedenklich finde ich allerdings den Trend zum Flatrate saufen. Bei den Killerspielen habe ich eine differenzierte Meinung. Ich persönlich würde sie nie spielen. Mein 20-jähriger Sohn hat sie öfters gespielt, und ich fragte mich, wie kann man daran Spaß haben. Trotz der Spiele hat er sich toll entwickelt, ist sportlich aktiv und sozial engagiert. Man sollte die tragischen Amokläufe nicht ausschließlich diesen Spielen zuschreiben. Ich glaube, hier liegen die Probleme wesentlich tiefer. Allerdings bin ich für eine strikte Alterseinstufung der diversen Spiele. Ausreichende finanzielle Förderung für Präventivprogramme in der Jugendarbeit sind dringend nötig, um Jugendliche nicht mit den Gefahren in den Bereichen Alkohol, Sucht und Medienmissbrauch allein zu lassen. Wenn der Sportunterricht in den Schulen immer mehr eingeschränkt wird und der Leistungsgedanke in den Vereinen oft zu früh greift, ist es nicht verwunderlich, wenn immer mehr Jugendliche kein Interesse mehr an Sport und Bewegung haben.

„Vom Wahltermin bis zur Kanzlerwahl“ – Infos und Tipps zur Bundestagswahl

Stimmzettel

Bei der Bundestagswahl können zwei Stimmen vergeben werden. Das heißt, dass auch auf dem Stimmzettel zwei Kreuzchen gemacht werden können. Mit der so genannten Erststimme (in der linken Spalte des Wahlzettels) wählen die Wählerinnen und Wähler ihren Wahlkreiskandidaten, also den Politiker, der für die jeweilige Region in den Bundestag einziehen soll. Der Kandidat, der dabei die meisten Erststimmen bekommt, ist gewählt – völlig unabhängig davon, wie das Gesamtergebnis seiner Partei ausfällt. Über die so gewonnenen Direktmandate wird sichergestellt, dass jede Region Deutschlands im Bundestag vertreten ist.

Mit dem zweiten Kreuz auf der rechten Seite des Stimmzettels, der so genannten Zweitstimme, entscheiden die Wählerinnen und Wähler über das Kräfteverhältnis der Parteien im Bundestag. Diese Stimme legt fest, welche Fraktion oder Parteienkoalition später die Mehrheit hat, um den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin zu wählen. Bekommt eine Partei bundesweit weniger als 5 Prozent aller abgegebenen Stimmen, scheidet sie an der Sperrklausel, der so genannten Fünf-Prozent-Hürde. In diesem Fall werden ihre Landeslisten nicht berücksichtigt, es sei denn, die Partei erringt mindestens drei Direktmandate: Dann wird die Partei bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten berücksichtigt. ◀

Auszählverfahren

Gewählt wird in Deutschland nach dem Verhältniswahlrecht, in das zudem Elemente des Mehrheitswahlrechts integriert sind. Über die Mehrheit im Bundestag entscheidet aber zunächst das Verhältnis der von den Parteien gewonnenen Zweitstimmen. Bei der Berechnung wurde bisher das so genannte Hare/Niemeyer-Verfahren angewendet, das auch die kleineren Parteien möglichst proportional zu ihrer Stärke berücksichtigt. Bei der im September stattfindenden Bundestagswahl wird jedoch das Verfahren erstmals nach Sainte-Lague/Schepers angewendet werden. Dies hatte der Bundestag am 17. März 2008 beschlossen, um mögliche Paradoxien des bisherigen Berechnungsverfahrens zu vermeiden. Die Mandate, die einer Partei gemäß ihrem Zweitstimmenanteil zustehen, erhalten zunächst die Kandidaten, die in den Wahlkreisen die meisten Erststimmen auf sich vereinigen konnten. Der Rest wird der Reihe nach an die Kandidaten auf der Landesliste verteilt.

Die Hälfte der insgesamt 598 Abgeordneten sind Politiker, die in einem der insgesamt 299 Wahlkreise in Deutschland die meisten Erststimmen bekommen haben. Die andere Hälfte der Abgeordneten zieht über die Landeslisten ein. Diese Landeslisten werden von den Parteien vor der Wahl aufgestellt. ◀

Überhangmandate

Die Anzahl der bei einer Bundestagswahl gewonnenen Direktmandate ist äußerst bedeutsam, denn sie kann die nach dem Zweitstimmenanteil eigentlich feststehende Sitzverteilung im Plenum verändern. Gewinnt eine Partei nämlich mehr Direktmandate als ihr gemäß der Verteilung der Zweitstimmen zustehen, so bleiben ihr diese so genannten Überhangmandate trotzdem erhalten.

Derzeit hat der Bundestag 611 Abgeordnete. Der Grund: Bei der letzten Bundestagswahl vor vier Jahren gab es 16 Überhangmandate, das heißt, insgesamt zählte der Bundestag somit 614 Mitglieder. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sind drei freigewordene Sitze (ein Abgeordneter verstarb, zwei andere schieden aus) nicht nachbesetzt worden, da die CDU in den betreffenden Bundesländern Überhangmandate besitzt.

Im Juli 2008 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass ein im Zusammenhang mit Überhangmandaten mögliches so genanntes negatives Stimmgewicht verfassungswidrig ist. Dabei ist es möglich, dass ein Mehr an Zweitstimmen für eine Partei dennoch zum Verlust eines Sitzes führen kann und umgekehrt. Laut Gericht muss der Gesetzgeber deshalb bis 2011 eine neue Regelung finden. ◀

Wahlergebnisse

Der Bundeswahlleiter ist die zentrale Instanz, bei der alle Wahlergebnisse und Stimmenauszählungen zusammenlaufen. Häufig kann er am Wahlabend erst weit nach Mitternacht das vorläufige amtliche Endergebnis mitteilen.

Die Fernsehsender übertragen jedoch schon ab 18 Uhr, nach dem Schließen der Wahllokale, die ersten Prognosen der Meinungsforschungsinstitute. Bei der Hochrechnung werden aufgrund von ausgewählten Teilergebnissen Rückschlüsse auf das Gesamtergebnis ermöglicht. Hochrechnungen nutzt man, wenn noch nicht alle Informationen für das Gesamtergebnis vorliegen oder die Informationsmenge zu groß ist, um sie in kurzer Zeit auszuwerten. Bei Wahlen versuchen Wahlforschungsinstitute, aus ersten Wahlergebnissen das Endergebnis vorherzusagen. Neben der Wahlhochrechnung gibt es die Wahlprognose. Hier werden die bisher ausgezählten Stimmen und die Ergebnisse der Befragung verschiedener Personengruppen berücksichtigt.

Das endgültige Wahlergebnis steht meist etwa rund 14 Tage nach der Wahl fest. ◀

Mehr Infos zur Bundestagswahl:

www.dbjr.de | Forderungen des Bundesjugendrings und Wahlprogramme im Vergleich

www.mitmischen.de | Jugendportal des Deutschen Bundestages

www.wahlomat.de | Online-Tool: Wie passen meine Positionen zu denen der Parteien?

www.bundestag.de | Seiten des Deutschen Bundestages

www.bundeswahlleiter.de | Offizielle Informationen zur Bundestagswahl 2009

www.abgeordnetenwatch.de | Wer kandidiert wo? Fragen an die Kandidaten stellen.

„Vom Wahltermin bis zur Kanzlerwahl“ — Die Infos und Tipps zur Bundestagswahl sind dem Jugendportal des Deutschen Bundestages „Mitmischen“ entnommen.



Frage 10 - Themenbereich „Integration“

Die deutsche Gesellschaft ist eine Zuwanderungsgesellschaft. Integration gelingt nur dann, wenn damit ein Miteinander und kein Gegeneinander gemeint ist. Welchen Beitrag kann die Politik hier leisten?

Thomas Hartmann: In erster Linie darf die Politik nicht die Folgen eigenen Versagens ethnischen Randgruppen unterschieben. Wir brauchen ein Menschenbild, das die Herkunft, Hautfarbe oder Religion eines Menschen ihm selbst unterordnet.

Gerd Müller: Für ausländische Kinder und Jugendliche und deren Familie gibt es eine Vielzahl von modernen Angeboten zur Integration in die deutsche Gesellschaft. Das Wichtigste ist stets das Beherrschen der deutschen Sprache. Das Beherrschen der Sprache eröffnet Lebens- und Bildungschancen. Wichtig ist, dass auch in unseren Städten keine eigenen Stadtteile entstehen, in denen sich unsere ausländischen Mitbürger zurückziehen. Wir alle sind offen für ein freundschaftliches Miteinander. Wir sollten diesen Jugendbereich einmal offen miteinander diskutieren.

Stephan Thomae: Die FDP spricht sich für eine gesteuerte Einwanderung und verbesserte Integration aus. Der Islamkonferenz auf Bundesebene müssen konkrete politische Entscheidungen folgen. Integration ohne politische Mitwirkungsrechte vor Ort ist nicht vorstellbar. Es ist deshalb allen ausländischen Mitbürgern ein Antrags-, Rede- und Stimmrecht bei Bürgerversammlungen zu gewähren. Die Ausländerbeiräte, die politischen Interessensvertreter der nichtdeutschen Bevölkerung, müssen in der Gemeindeordnung verankert werden.

Zuwanderer zu integrieren heißt, die Gesellschaft von Morgen zu gestalten. Die Globalisierung ist eine Tatsache, der demografische Wandel wirkt sich längst auf unser tägliches Leben aus. Liberale haben Migration schon immer als Chance und nicht als Bürde begriffen. Trotzdem müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Potenziale aller Menschen, die hier leben, optimal zu erschließen.

Reinhard Strehlke: Politik kann hier nur den Rahmen setzen. Z.B. leichtere Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen, kommunales Wahlrecht ab 6 Jahre Aufenthalt in Deutschland, Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft. Die „Hauptarbeit“ müssen aber die Zuwanderer und unsere Bürger leisten, indem sie aufeinander zugehen und bereit sind, die andere Kultur zu akzeptieren.



Frage II - Themenbereich „Partizipation“:

Bleibt es bei der aktuellen Entwicklung, werden Jugendliche zur Minderheit im eigenen Land. Trotzdem müssen Jugendliche viele Entscheidungen in der Zukunft „ausbaden“, über die sie nicht in angemessener Form mitentscheiden konnten. Muss das so bleiben?

Thomas Hartmann: Solange Jugendliche sich in so großer Zahl nicht für Politik interessieren und dann auch nicht zum wählen gehen, wird das so bleiben. Ja.

Gerd Müller: Eine aktuelle Spontanumfrage unter einer Schulklasse, die mich im Bundestag besucht hat, war gegen ein Wahlrecht für unter 18-jährige. Die Themen wären zu komplex, die Verantwortung zu groß und das Interesse dann doch nicht bei allen Themen so groß. In manchen Gemeinden gibt es Jugendparlamente. Das halte ich persönlich für eine gute Idee, den Jugendlichen ein Forum zu bieten, in dem sie mitreden dürfen. Trotzdem bin ich vorsichtig, hier wieder von der Politik oder dem Staat zu fordern, man müsse so etwas überall einrichten. Vielmehr müssen die Jugendlichen zuerst selbst einmal Interesse zeigen und sich einsetzen. Wenn ein echtes Bedürfnis besteht, halte ich eine solche Einrichtung für richtig.

Stephan Thoma: Schwerpunkt in der Kinder- und Jugendpolitik muss die stärkere Partizipation Jugendlicher sein. Junge Menschen wollen Verantwortung tragen und ihre Welt mitgestalten. Sie erheben zu Recht Anspruch auf Teilhabe und Beteiligung. Nicht zuletzt die UN-Kinderrechtskonvention sieht ausdrücklich ein solches Recht zur Partizipation vor. Art. 12 Abs. 2 verlangt, dass dem Kind Gelegenheit gegeben werden soll, in allen es berührenden Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar, durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften gehört zu werden.

Deshalb müssen Kindern und Jugendlichen ernst gemeinte und auf sie zugeschnittene, altersdifferenzierte Angebote zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben gemacht werden. Dabei ist es aus unserer Sicht wichtig, dass die reine Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen für ausschließlich repräsentative Zwecke ausgeschlossen sein muss.

Reinhard Strehlke: Dies ist eine sehr schwierige Frage. Sicherlich werden wir das Prinzip, dass jeder Wähler nur eine Stimme hat, nicht aushebeln können. Ich denke, heute gehen die älteren Politiker wesentlich sensibler mit diesem Thema um. Wichtig ist, dass sich mehr Jugendliche aktiv, nicht nur in der Politik engagieren und dort ihre Interessen vertreten sollen. Wir Erwachsene müssen den Jugendlichen die Chance geben, Verantwortung zu übernehmen und ihr Umfeld selbst zu gestalten. Hier möchte ich das Jugendhaus Oberstaufen positiv erwähnen, das bereits zwei hoch dotierte Preise gewonnen hat. Dies war nur möglich, weil Jugendliche bereit waren, sich zu engagieren und die Gemeinde den entsprechenden Freiraum gewährt hat. Ich glaube, ich kann für alle Parteien sprechen: Wir sind froh für Jeden, der kommt.



Frage 12 – Themenbereich „Rechtsextremismus“:

Sind Sie für ein Verbot der rechtsextremen NPD und bereit, sich aktiv dafür einzusetzen?

Thomas Hartmann: Was nützt denn verbieten? Es ist weniger die Institution, sondern vielmehr die Geisteshaltung ihrer Anhänger, die zum Problem werden kann. Solange die Politik nicht im Stande ist, wirtschaftliche Gerechtigkeit zu gewährleisten, wird es immer wieder NPDs, Linke, DVUs oder sonstwas geben.

Gerd Müller: Links- und rechtsextreme Parteien haben keinen Platz in Deutschland. Die NPD ist eine rechtsextreme Partei und steht unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Leider stoppte das Bundesverfassungsgericht 2003 das Verbotsverfahren gegen die NPD.

Stephan Thomae: Die NPD ist verfassungsfeindlich und muss daher möglichst schnell verboten werden. Diese Aussage können wir nur unterstreichen. Ein neues NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht würde jedoch nach dem aktuellen Stand keinen Erfolg haben. Ein ausreichender Nachweis verfassungsfeindlicher Bestrebungen der NPD kann derzeit nicht erbracht werden. Es ist daher nicht zweckmäßig und sinnvoll, ein zum Scheitern verurteiltes Verbotsverfahren anzustreben.

Wir dürfen nicht vergessen, welche fatalen Auswirkungen das Scheitern des ersten Verfahrens 2003 hatte. Die NPD hatte sich damals mit dem Siegel der Verfassungsmäßigkeit geschmückt. So etwas dürfen wir kein zweites Mal zulassen. Auch die neue Debatte um das NPD-Verbotsverfahren gibt den Extremisten nur eine neue Plattform in der Öffentlichkeit und einen Nährboden für propagandistische Aktivitäten. Der Schwerpunkt des medialen und öffentlichen Interesses sollte sich daher auf die Ursachen des rechten Zulaufs sowie deren Bekämpfung verlagern.

Reinhard Strehlke: Ich bin natürlich absolut gegen rechte Parteien. Aber ich glaube nicht, dass ein Verbot alleine hilft. Hier muss Aufklärung über die Verbrechen der Nazis und Ziele der neuen Rechten betrieben werden. Aber auch den Ursachen für Rechtsextremismus, wie z.B. Perspektivlosigkeit von Jugendlichen, muss durch die Politik vorgebeugt werden. Wir demokratische Parteien und auch die nicht organisierten Bürger müssen alle dafür sorgen, dass diese menschenverachtende Politik keinen Erfolg hat.

„Vom Wahltermin bis zur Kanzlerwahl“ – Infos und Tipps zur Bundestagswahl

Nach der Wahl

Am Tag nach der Wahl kommen die Parteispitzen zu Sondersitzungen zusammen, um den Wahlausgang zu bewerten. Um ein politisches Vakuum zu verhindern, müssen rasch Entscheidungen gefällt werden. Der neu gewählte Bundestag hat laut Grundgesetz nach der Wahl 30 Tage Zeit, um sich in seiner neuen Zusammensetzung zu konstituieren. Meist werden schon wenige Tage nach der Wahl alle Abgeordneten nach Berlin gerufen, um in Vollversammlungen der Fraktionen neue Fraktionsführungen zu wählen. Ebenso wird der Zusammentritt des neugewählten Bundestages vorbereitet. Da sich die Zahl und Stärke der Fraktionen im Bundestag nach einer Wahl verändern können, muss auch im Plenarsaal die neue Konstellation berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass sich unter Umständen eine neue Sitzordnung ergibt und die Laufgänge zwischen den Fraktionsblöcken neu ausgerichtet werden. ◀

Konstituierung des neuen Bundestages

Der neu gewählte Bundestag hat laut Grundgesetz nach der Wahl 30 Tage Zeit, um sich in seiner neuen Zusammensetzung zu konstituieren – so bestimmt es das Grundgesetz. In der konstituierenden Sitzung, die zunächst der Alterspräsident leitet, wird der Bundestagspräsident gewählt. Der Bundestagspräsident, der das Parlament nach außen vertritt, leitet die Plenarsitzungen und steht an der Spitze der Bundestagsverwaltung. Traditionell fällt dieses protokollarisch zweithöchste Staatsamt – nach dem Bundespräsidenten – der stärksten Fraktion zu. Jede Fraktion ist mit mindestens einem Vizepräsidenten im Präsidium vertreten. Zudem beschließen die Mitglieder des Bundestages in der konstituierenden Sitzung die Geschäftsordnung. Mit dem Zusammentritt des neuen Bundestages ist die alte Wahlperiode beendet. ◀

Kanzlerwahl

Das Parlament wählt den Bundeskanzler – so ist es im Artikel 63 des Grundgesetzes verankert. Neben der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierungsarbeit ist die Kanzlerwahl eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments. Der Bundespräsident schlägt eine Kandidatin oder einen Kandidaten vor. Die Wahl erfolgt ausschließlich durch die Abgeordneten, und zwar ohne vorherige Aussprache und mit verdeckten Stimmzetteln – also geheim. Der Kandidat benötigt die absolute Mehrheit der Stimmen des Parlaments. Das heißt, das Abstimmungsergebnis muss um mindestens eine Stimme über der Hälfte aller Bundestagsmitglieder liegen.

Nach der Wahl wird die neue Kanzlerin oder der neue Kanzler vom Bundespräsidenten ernannt und vor dem Bundestag vereidigt. Der Amtseid lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ Der Eid kann auch ohne die religiöse Beteuerung abgelegt werden. ◀



 **Stadtjugendring Kempten**

Endlich geschafft ... wir sind umgezogen!
Ein herzlicher Dank geht an die Stadt Kempten, Sozialbau Kempten, Bayerischer Jugendring, Architekturbüro Maucher und Höß sowie alle beteiligten Firmen und Personen für die Förderung, Unterstützung und Begleitung. ◀

FOTO: SJR

Stadtjugendring seit März 2009 im „Schwarzen Adler“

VON SOZIALBAU

Rund 2,5 Mio. Euro investierte die Sozialbau seit Anfang 2008 in die Generalsanierung der Bäckerstraße 9. Im März 2009 konnte der Stadtjugendring Kempten die neuen Räume beziehen und verfügt nun über rund 1.200 Quadratmeter Nutzfläche in zeitgemäßen Räumen des altherwürdigen Gemäuers. Streetwork und Projekte aus „Zukunft bringt´s“ fanden mit ihren Büroräumen ebenfalls Platz.

Gebäude aus dem Mittelalter

Viele Jahre war das denkmalgeschützte Haus dem Verfall preis-

gegeben. Dabei spiegelt sich im Gemäuer der Bäckerstraße 9 ein langer Abschnitt Kemptener Geschichte wider. Reste eines Wohnturms und auch Bereiche des Dachstuhls wurden auf das 15. Jahrhundert datiert. Der Kern des Hauses entstand im 17. oder 18. Jahrhundert mit Original-Türstöcken aus der Renaissance und Türen aus dem Barock. Später war das Haus als die Gastwirtschaft „Schwarzer Adler“ und zuletzt als das Nussmann-Firmengebäude bekannt.

Die tragende Substanz des Gebäudes war in einem sehr schlechten Zustand. Tragstrukturen mussten in allen Geschossen verstärkt bzw.

Blick auf Dachterrasse und Innenhof. FOTO: SOZIALBAU



Die neuen Mieter in der Bäckerstraße 9

Stadtjugendring Kempten

Geschäftsstelle mit den Bereichen Geschäftsführung, Verwaltung, Pädagogische Fachberatung, Leitung Projekte, Fachberatung Jugendverbandsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit, Büro Vorsitzende ■ Veranstaltungsraum und (Gruppen-) Küche ■ Büro „Jump – Jugend meets Praxis“ (ein Projekt von zukunft bringt´s)

Jugendgruppenräume von BONITO, Naturfreundejugend, SJD - Die Falken, Tauchsportclub Kempten ■ zwei Gruppenräume, von verschiedenen Jugendverbänden genutzt ■ Kreativraum

MEHR INFOS:

- ▶ www.stadtjugendring-kempten.de
- ▶ www.zukunftbringts.de
- ▶ www.jugendverbaende-in-kempten.de
- ▶ www.bonito-allgaeu.de
- ▶ www.bayern.naturfreundejugend.de
- ▶ www.falken-kempten.de
- ▶ www.tsc-kempten.de

Stadtjugendring Kempten und Stadt Kempten

Kompetenzagentur Kempten (ein Projekt von zukunft bringt´s)

MEHR INFOS:

- ▶ www.zukunftbringts.de

Stadt Kempten

Büro Streetwork (Jugendamt Kempten)

MEHR INFOS:

- ▶ www.kemp10.com



erneuert und der Dachstuhl komplett gesichert werden. Der hofseitige Anbau konnte nicht mehr gehalten werden. Stattdessen wurde ein neuer, moderner Anbau errichtet, der sich harmonisch gestaltet dem „Schwanengelände“ zuwendet und sich korrespondierend zum neuen Büro- und Dienstleistungsgebäude entlang der Burgstraße verhält.

Neugestaltung der Altstadt

Denn auch hier gestaltete die Sozialbau die Altstadt neu und investierte rund sechs Mio. Euro in die ehemalige Brache an der Burgstraße um einen neuen, innerstädtischen Dienstleistungsstandort zu entwickeln. Etwa 160 Arbeitsplätze durch die Mieter „Te-

lis-Finanz AG“ und „BARMER“ sowie die Firma Soloplan konnten so für die Altstadt dazu gewonnen werden. Zusammen mit dem „Parkhaus-Altstadt“ stehen jetzt 130 Pkw-Stellplätze zur Verfügung. Weitere städtebauliche Aufwertung schulterte die Sozialbau mit der Modernisierung des traditionsreichen Gebäudes „Altstadt-Engel“. Die abschließende Revitalisierung des „Schwanengeländes“ soll nun 2010/2011 auf der Grundstücksfläche des heutigen Standortes „Sixt“ als IV. Bauabschnitt „An der Stadtmauer“ als Schlusspunkt folgen.

Belebung der Bäckerstraße

Tatkräftig begleitet wurde die Restaurierung der Bäckerstraße 9

durch das Baureferat der Stadt Kempten und das Landesamt für Denkmalpflege. Viel Wert wurde darauf gelegt, den Charakter des Hauses zu erhalten und trotzdem den neuesten Stand der Technik für moderne Elektro- und EDV-Installation, Lüftungs-Wärmerückgewinnung und Aufzug einzubauen. Finanziell unterstützen Fördermittel aus dem Städtebauförderprogramm, dem Kinder- und Jugendprogramm des Freistaats Bayern und der Stadt Kempten den Erhalt des Gebäudes.

Mit dem Einzug durch den Stadtjugendring erstrahlt das historische Bauwerk jetzt wieder in neuem rosa Glanz mit einer Nutzung, die einen dauerhaften Erhalt für die Altstadt gewährleistet. Damit wird der historischen Reichstadt im Rahmen der Sanierung des „Schwanengeländes“ ein „lebhaftes“ Kleinod zurück gebracht.

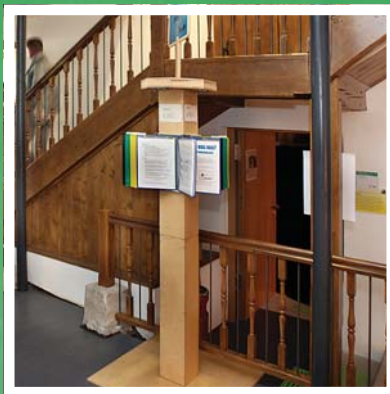
Städtebaulich qualitätvolle Bebauung

Das Sanierungsgebiet „Unter der Burghalde – Schwanengelände“ hat nun nach über 25 Jahren mit dem Lückenschluss entlang der Burgstraße, mit der Modernisierung des „Altstadt-Engels“ und schließlich mit der Restaurierung des „Schwarzen Adlers“ endlich eine städtebaulich qualitätvolle Bebauung erhalten und kann für die Zukunft einer vitalen Entwicklung entgegen sehen. ◀





FOTOS: SOZIALBAU





Move in the park

VON MARINA WANNER

Leiterin Jugendzentrum Sankt Mang

Das Schuljahr endete für die Jugendlichen des Jugendzentrums Sankt Mang mit einem ganz besonderen Projekt. Im Rahmen des Förderprogrammes „Stärken vor Ort“ hatten sie die Gelegenheit, sich aktiv an der Gestaltung des neuen Spielparks in Sankt Mang zu beteiligen. Dazu sollte die Hallenwand des Elekroschmelzwerks besprüht werden. Die Lagerhalle erstreckt sich direkt hinter dem neuen Fußballplatz und dominiert optisch den Spielpark.

Unterstützung von Profisprayern

Unterstützt wurden die Jugendlichen von den Graffiti-Künstlern



Loomit und Lando aus München. Die Projektarbeit der Jugendlichen zielte auf die Verbesserung des Wohnumfeldes im Stadtteil ab. Die Geschäftsführung des ESK Ceramics GmbH & Co. KG zeigte sich von Anfang an begeistert von der Idee, die Hallenwand durch Jugendliche gestalten zu lassen.

Ziel dieser vom Jugendzentrum Sankt Mang konzipierten und in

Zusammenarbeit mit der für den Spielpark verantwortlichen Architektin Katrin Helmchen sowie dem Stadtteilbüro Sankt Mang geplanten Aktion war die Qualifizierung von Jugendlichen im Stadtteil.

Dabei wurden die Jugendlichen in den gesamten Prozess der Projektplanung mit einbezogen: Von der Entwicklung der Idee, dem Finden eines geeigneten Graffitistils, die Prüfung und Kalkulation der finanziellen Mittel bis hin zur Suche nach geeigneten Künstlern sowie der Präsentation eigener Ideen der Gestaltung.

Die Jugendlichen sammelten so erste Erfahrungen, sich an der Planung und Durchführung einer Idee über einen langen Zeitraum kontinuierlich zu beteiligen.

50 Meter Kunstwerk

Die tatsächliche Gestaltung der Wand bildete vom 7. bis 9. August für die Jugendlichen den lang ersehnten Höhepunkt des Projektes. An diesem Wochenende arbeiteten die Jugendlichen sehr motiviert und mit viel Ausdauer an ihrem Kunstwerk. Entstanden ist dabei ein 50 Meter breiter Schriftzug: „Sankt Mang – move in the park“. Viele Interessierte aus der ganzen Stadt besuchten die Künstler bei ihrer Arbeit. Besonders freuten sich die Jugendlichen über das große Medienecho, wie Ra-

diobeiträge, mehrere Zeitungsartikel und einen Film.

Mit den Münchnern Loomit und Lando konnte ein Künstlerduo gefunden werden, das bereits viel Erfahrung in der Anleitung und Begleitung von jungen Menschen gesammelt hat und international gefragt ist. Den beiden ist es wichtig, dass sich die Jugendlichen mit ihren Ideen in dem Kunstwerk wieder finden.

Das Projekt war ein Teil des Förderprogramms „Stärken vor Ort“ und wurde aus dem Sozialfonds der Europäischen Union (mit) finanziert. ◀

Graffiti – Einzahl Graffito, steht als Sammelbegriff für von privater Hand angebrachte Bilder oder Schriftzüge auf Oberflächen des öffentlichen Raums. Graffiti erscheinen in einer Vielzahl von Ausprägungsformen. Während Graffiti teilweise als Kunstform anerkannt ist, werden Graffiti in der öffentlichen Wahrnehmung oft als Vandalismus betrachtet.

Es gibt viele verschiedene Arten von Graffiti, deren Abgrenzung oft nicht eindeutig möglich ist. Zum Beispiel können auch Klograffiti politische Inhalte haben oder ein Writer malt einen Schriftzug mit dem Namen seines Lieblingsfußballvereins.

Style-Writing/Graffiti-Writing oder kurz Writing ist die mittlerweile am weitesten verbreitete Form von Graffiti und wird deswegen von der Allgemeinheit auch am stärksten wahrgenommen. Mehr Infos unter:

www.graffitieuropa.org



FOTOS: SJR





Berufsorientierung mit dem Parcours der Fähigkeiten

VON ISA GAIL UND SABINE FIXMER

Leiterin Jump

Leiterin Projekte SJR

Hot Chicas, The Untouchables, Ghetto-Teddybären, Sweet Girls – nein, das sind keine neuen Bands am Pophimmel. So lauten einige der Namen von sieben Schülergruppen, die am 21. Juli an der Hauptschule auf dem Lindenberg auf gleichermaßen spielerische wie fordernde Weise an das Thema Berufsorientierung herangeführt wurden.

Fähigkeiten ausprobieren

Wer sagt, Mädchen können nicht mit Holz umgehen? Und wer sagt, Jungen können nicht kochen? Unter den fachkundigen Augen des technischen Leiters des Stadtjugendrings, Hermann Mayr, fertigen die Schüler/innen an der Station Holzwerkstatt einen Holzwürfel – mit Nagelaugen und geschliffenen Kanten und zeigen wie gut sie bereits mit den verschiedenen Werkzeugen umgehen können. Im „Restaurant“ wird für einen schmackhaften, vegetarischen Burger Gemüse geschnitten, gewürzt, angerichtet und die Küche wieder blitzblank verlassen.

In der Station Pflege jammert die Jugendleiterin der Johanniter, An-

drea Schön, sie habe sich verletzt und würde stark bluten – gottseidank nicht wirklich! Im Rollenspiel wird sie verpflest, verbunden. Und die Jugendlichen zeigen, ob sie über Einfühlsamkeit und Geduld verfügen.

In der Station Verkauf werden Wii-Spiele und Sportartikel angepriesen. Der potenzielle Kunde wird beraten und findet schließlich ein passendes Geschenk für die Tochter. Eine weitere knifflige Aufgabe wartet in der Elektrowerkstatt: Es gilt (am Baukasten) eine gefährliche Maschine so zu verkabeln, dass zum Zeichnen der Betriebsbereitschaft eine Lampe leuchtet, die Maschine gestartet werden kann und der Not-Aus-Schalter alle Leitungen unterbricht. In der Station Turmbau zeigt sich, wie weit es mit der Teamfähigkeit einer Gruppe her ist und wer Führungspotenzial hat.

Zusammenarbeit wichtig

Nur in guter Zusammenarbeit kann man hohe, stabile Türme bauen. Die Arbeit im Büro ist vielfältig: Hier warten Aufgaben wie Texte am PC schreiben, Fragen zur Büroorganisation und Rechtschreibung sowie ein Telefonat, mit dessen Hilfe beschädigte Ware rekla-

Projekt Jump – Hauptschule auf dem Lindenberg

miert und für eine Ersatzlieferung gesorgt werden soll.

Doch mit den praktischen Aufgaben ist es noch nicht getan. Vervollständigt wird die praktische Umsetzung mit schriftlichen Tests, beispielsweise zu den Themen Konzentration oder Kreativität. Kein Wunder also, dass in den Gängen der Schule während des gesamten Vormittags rege Betriebsamkeit herrscht.

Lust auf mehr

Aufwändig ist der Fähigkeitenparcours schon, aber alle Beteiligten – die mitwirkenden Lehrkräfte, die Mitarbeiter und Sozialpädagoginnen des Stadtjugendrings, die Jugendleiterin der Johanniter und Jump – sind sich einig: Es war den Aufwand wert, denn die Schülerinnen und Schüler hatten Spaß an dieser Form der beruflichen Orientierung und das macht Lust auf mehr.

Jump – „Jugend meets Praxis“ ist ein Projekt des Stadtjugendrings Kempten als Teil der Kampagne „zukunft bringt’s“ (Stadt Kempten). Jump wird von der Agentur für Arbeit finanziell unterstützt. ◀



Parcours der Fähigkeiten: Die Stationen

VON ISA GAIL UND SABINE FIXMER

Leiterin Jump

Leiterin Projekte SJR

An der Hauptschule auf dem Lindenberg wurde im Rahmen der vertieften Berufsorientierung zum ersten Mal in Kooperation zwischen den Lehrkräften und Isa Gail vom Projekt „Jump – Jugend meets Praxis“ der sogenannte Fähigkeitenparcours mit allen Schülern und Schülerinnen der 7. Jahr-

gangsstufe durchgeführt. Um die komplexe Durchführung zu gewährleisten, kamen insgesamt neun Mitarbeiter/innen des Stadtjugendrings Kempten, fünf Lehrkräfte der Hauptschule auf dem Lindenberg und die Jugendleiterin der Johanniter, Andrea Schön, zum Einsatz. Große Unterstützung erfuhr das Vorhaben speziell in der Vorbereitungsphase durch den Rektor Werner Hatt. An alle Betei-

ligten geht ein herzlicher Dank für ihr Engagement.

Aufgaben für Gruppen

Wie der Name Parcours schon sagt bestand die Aufgabe darin, in Kleingruppen von je sechs Schüler/innen sieben verschiedene Stationen zu durchlaufen. Für diese war jeweils eine Zeiteinheit von 35 Minuten geplant. An jeder Station warteten verschiedene Aufgaben aus diversen Berufsbereichen auf die Schüler/innen (siehe Kästen).

Gefühl für die eigenen Fähigkeiten

Der Fähigkeitenparcours hat das Ziel, dass sich die Schüler/innen Gedanken machen, in welchem Bereich sie ihre AWT-Profile (Arbeit, Wirtschaft, Technik) und Praktika im nächsten Schuljahr wählen möchten und welchen Ausbildungsberuf sie nach Abschluss der Schule anstreben möchten. Der Parcours soll die Möglichkeit gegeben, ein Gefühl dafür zu bekommen, was jedem Einzelnen liegt und was eher nicht. Er soll den Schüler/innen dabei helfen, ihre Fähigkeiten und Neigungen auszutesten – und nichts, was dabei herauskommt ist



FOTO: SJR



ein Muss, sondern ist als Hilfestellung zur Selbsteinschätzung zu verstehen.

Was passt?

Die Tests, die eigenen Auswertungsbögen der Schüler/innen sowie die Einschätzung der Beobachter/innen bei der Erledigung der diversen Aufgaben werden für jeden/jede Schüler/in von Isa Gail ausgewertet. Nach den Sommerferien erhalten die Schüler/innen die Ergebnisse zur Reflexion zurück. Dann können sie noch einmal prüfen: „Passt das Ergebnis zu dem, was ich selbst nach dem Parcours dachte? Oder sagt es etwas anderes aus? Wo gibt es Unterschiede?“

Die Ergebnisse sind eine Diskussionsgrundlage und sollen die Schüler/innen und ihre Eltern dazu anregen, weiter nachzudenken und weiterhin zu prüfen:

- „Worin bin ich besonders geschickt?“
- „Worin fehlt mir vielleicht noch das Handwerkszeug oder die fachliche Fähigkeit in einem Arbeitsbereich, welcher mir gefällt? Dann kann ich ja daran arbeiten, mir die nötigen Fertigkeiten anzueignen. Als Beispiel: Ich mag eigentlich Holz und damit zu arbeiten gerne, aber ich kann nicht so gut mit Werkzeugen umgehen. Dann kann ich mir zum Ziel setzen, zu lernen, wie ich mit den Werkzeugen umgehe.“
- „Was passt für mich gar nicht?“

Station „Büro“

Die SchülerInnen haben jeweils fünf Minuten, um folgende Aufgaben in der Tätigkeit als Bürokaufmann/-frau zu bearbeiten: Telefonieren: Dabei sollen die Schüler/innen als Mitarbeiter/innen eines Musikladens für die Rücknahme beschädigter Ware und die termingerechte Ersatzlieferung sorgen. ▪ Abtippen eines Textes am PC ▪ Bearbeitung Arbeitsblätter zur Büroorganisation und Erstellen Geschäftsbriefe ▪ Bearbeitung Arbeitsblätter zum Geschäftstelefonat und Rechtschreibung ▪ Bearbeitung Rechenarbeitsblatt ▪ Kurztest zur Konzentration ▪ Auswertungsbogen bearbeiten.

Station „Holzwerkstatt“

Die Schüler/innen haben: 25 Minuten, um nach Anleitung einen Würfel aus Holz zu bauen (1. Maße auf Holz übertragen, 2. Vierkantholz einspannen/zusägen, 3. Bearbeitung Kanten mit Feile/Schleifpapier, 4. Würfelaugen aufzeichnen/Nägel als Punkte einschlagen, 5. Werkzeug aufräumen.) ▪ Fünf Minuten, um einen Test zum logischen Denken zu bearbeiten. ▪ Fünf Minuten, den Auswertungsbogen auszufüllen.

Station „Turmbau“

Die Schüler/innen haben: 25 Minuten Zeit, um im Team mit den Materialien Papier, Klebestift, Schere, Bleistift und Lineal einen möglichst hohen und stabilen Turm zu bauen. ▪ Fünf Minuten zur Bearbeitung eines Kreativitätstest. ▪ Fünf Minuten zur Bearbeitung des Auswertungsbogens.

Station „Pflege“

Die Schüler/innen haben: Jeweils ca. vier Minuten pro Schüler/in im Rollenspiel, um einen nach Hilfe suchenden Patienten mit seinem gezeigten Leiden zu behandeln. Auf der „Unfallstation“ stehen dem/der Schüler/in ein Stuhl zum Warten, Zeitschriften, eine Liege, Verbandsmaterial, Karteikarten, Stifte, „Salben“, etc. zur Verfügung. ▪ Fünf Minuten für die Bearbeitung eines Tests zur Kontaktfreudigkeit. ▪ Fünf Minuten für die Bearbeitung des Auswertungsbogens.

Station „Elektrowerkstatt“


Die Schüler/innen haben: 25 Minuten, um nach Anleitung eine Schaltanlage zu erstellen (1. Testschaltung durchführen, 2. Im Elektrobaukasten die Leitungen so verschalten, dass die Warnlampe zum Zeichen der Betriebsbereitschaft einer Maschine leuchtet und durch Betätigung eines Schalters der Motor gestartet werden kann. 3. Arbeitsplatz aufräumen und für nächste Gruppe vorbereiten.) ▪ Fünf Minuten zur Bearbeitung eines Kurztests, bei dem das technische Verständnis geprüft wird. ▪ Fünf Minuten zur Bearbeitung des Auswertungsbogens.

Station „Verkauf“

Die Schüler/innen sind Verkäufer/innen in einem Warenhaus. Sie sollen: In jeweils ca. vier Minuten pro Schüler/in in einem Rollenspiel ein Verkaufsgespräch absolvieren. Die Schüler/innen sollen den Kunden gut beraten und möglichst viel Ware verkaufen. ▪ In fünf Minuten einen Kurztest zur Sprachbegabung bearbeiten. ▪ In fünf Minuten den eigenen Auswertungsbogen bearbeiten.

Station „Restaurant“

Die Schüler/innen sollen: In 25 Minuten in Gruppen von drei Schüler/innen und nach Anleitung einen Gemüseburger zubereiten. Jede/r Schüler/in hat dabei unterschiedliche Aufgaben: 1. Gemüse-Käsemasse herstellen. 2. Hamburgersemmel aufbacken. Zwiebel schneiden. 3. Gemüse schneiden. 4. Am Schluss die Arbeitsfläche reinigen und aufgeräumt hinterlassen sowie die benutzten Küchenutensilien reinigen und aufräumen. ▪ In fünf Minuten einen Rechentest bearbeiten. ▪ In fünf Minuten den Auswertungsbogen ausfüllen.



* Bündnis 90/Die Grünen:

„Brauchen deshalb neue Menschen!“

* CDU/CSU:

„Menschen müssen Deutschland mehr fördern!“

* FDP:

„Freiheit mehr Deutschland!“

* SPD:

„Menschen müssen dafür mehr Arbeit!“

DEM DEUTSCHEN VOLKE

* Die Programme der Parteien in einem Slogan

Wer hat schon Zeit, die Wahlprogramme der Parteien durchzulesen. Christoph Koch bietet hier mit seinem etwas anderen Wahl-O-Mat die „Alternative“. Mit Hilfe von wordle.net hat er die Programme von den jeweiligen Webseiten in Wortwolken umgewandelt. In der deutschen Sprache generell sehr häufig vorkommende Wörter (und, die, was, etc.) wurden ausgespart. Christoph Koch (www.christoph-koch.net) bietet ganz und gar nicht wissenschaftlich und vollkommen nicht objektiv die Slogans zur Bundestagswahl 2009.

Anmerkung: Wir vom Stadtjugendring Kempten halten dies natürlich nicht für ausreichend. Deshalb: Für objektive Informationen aktuelle Medienberichte, persönliche Gespräche und Internetseiten (siehe Impuls Seite 21) zusätzlich nutzen.

FOTO: MARIESOL FUMY, WWW.JUGENDFOTOS.DE